

volksfreund

Region **Rheinland**
Region Bitburg & Prüm

Konversion - Abfuhr aus Berlin

Bitburg bekommt keine Bundespoliz

29. Januar 2020 um 14:01 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Mehr als 40 solcher Wohnblocks gibt es in der Housing. Foto: klaus kimmling

Bitburg . Die Idee war gut, die Hoffnung groß, doch inzwischen hat sich alles zerschlagen: Bitburg wird Ausbildungsstandort für angehende Bundespolizisten.

Von Dagmar Dettmer

(de) Für Bitburg wäre es ein Gewinn gewesen. Die Rede war von einer Schule, in der mehr als 2000 junge Anwärter der Bundespolizei ausgebildet werden. Als Standort für eine solche Schule war auch Bitburg im Gespräch.

Das hat Bürgermeister Joachim Kandels Ende vergangenen Jahres gesagt – verbunden mit der Hoffnung, dass Bitburg am Ende des Auswahlverfahrens auch den Zuschlag bekommt. Und das schien zum damaligen Zeitpunkt keineswegs völlig ausgeschlossen.



Stadtentwicklung

Bitburg will eine Polizeischule in der Housing

„Für das Einstellungsjahr 2021 kann der Bedarf in den Bestandsliegenschaften nicht vollumfänglich abgedeckt werden. Aus diesem Grund hat die Bundespolizei die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gebeten, in Betracht kommende Liegenschaften des Bundes zu sondieren“, antwortet Verena Balling vom Bundespolizeipräsidium auf eine entsprechende Anfrage unserer Zeitung. Und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wiederum bestätigt, dass auch Bitburg als möglicher Standort für eine solche Schule geprüft wird. Genauer gesagt: geprüft wurde. Denn „die Sondierung“, informiert das Bundespolizeipräsidium, sei abgeschlossen.

Aus dem Archiv September 2016

Keine Landesgartenschau für Bitburg – Enttäuschun

Für Bitburg heißt das: Das war's. Die Housing sei „aufgrund ihrer Beschaffenheit für eine temporäre Nutzung für Ausbildungszwecke der Bundespolizei ab Herbst 2021 nicht geeignet“ schreibt Balling vom Bundespolizeipräsidium: „Die Liegenschaft kommt für die Bundespolizei nicht in Betracht.“ Aus der Traum.

Das löst vor Ort keine Begeisterung aus. Im Gegenteil. „Das ist natürlich sehr schade, vor allem auch, weil wir seitens der Stadt und des Eifelkreises mit Unterstützung von Landes- und Bundespolitikern sehr dafür eingesetzt haben“, sagt Bürgermeister Kandels. Gespräche gab es seit Oktober 2019, wo die lokalen Politiker bei einem Termin im Bundesinnenministeriums Argumente für Bitburg vorgebracht haben.

Eins der Argumente: „Unsere Stadt hat seit den 50er Jahren französische und amerikanische Einheiten als Garnisonsstadt beheimatet. Heute erwarten die Menschen zurecht eine entsprechende Unterstützung, wenn es um die Umnutzung der ehemaligen militärischen Liegenschaften geht“, sagt Kandels. Das gelte gerade auch im Hinblick auf die Housing.

Doch ähnlich, wie das Land den Zuschlag für die Landesgartenschau Bad Neuenahr-Ahrweiler gab und Bitburg leer ausging, hat sich nun auch die Bundespolizei gegen die Eifel entschieden. Nach Auskunft des Bundesministeriums des Inneren, Bau und Heimat soll die „temporäre Ausbildungsstätte der Bundespolizei“ in Rotenburg an der Fulda eingerichtet werden.

„Wenn man es im Heimatministerium mit der Strategie gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum ernst nimmt, hätte man einem Standort im Grenzbereich im ländlichen Raum wie Bitburg durchaus eine Chance geben können“, findet Kandels. Doch die Entscheidung ist anders gefallen.

Dabei geht es nicht nur darum, dass eine Polizeischule eine Initialzündung für die weitere Entwicklung des riesigen Konversionsgeländes hätten sein können und zudem auch die Innenstadt belebt hätten. „Auch für die dauerhafte Akzeptanz der künftigen AfA in Bitburg wäre eine solche Einrichtung ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung gewesen.“